

STADT KARLSRUHE
Ortsverwaltung Stupferich

Niederschrift Nr. 33 (Legislaturperiode 2014 – 2019)

über die Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich
am: Mittwoch, 6. Juni 2018
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:25 Uhr

in Karlsruhe-Stupferich, Sitzungssaal.

Vorsitzender: Ortsvorsteher Alfons Gartner

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 11

Es waren anwesend:

- a) CDU:** OR Kast, OR Abendschön, OR Paul, OR Donecker, OR Brenk,
OR Nagler
FWV: OR Gartner, OR Baumann, OR Becker, OR Schwemmler, OR Vogel

Es fehlten:

- b) entschuldigt:** OR Patzelt (FWV)
c) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Sonja Doll (OV Stupferich)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Kemper (LA), TOP 2 + 3, Herr Maier (LA), TOP 2 + 3, Herr Roser (LA), TOP 3, Herr Cieslik (LA), TOP 3

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 25.05.2018, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 01.06.2018 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 1: **Bürgerfragestunde**

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, auch den Pressevertreter, ganz herzlich.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und keine Einwände dazu vorliegen.

Weiter führt er aus, dass OR Patzelt (FWV) – aus privaten Gründen sich für diese Sitzung entschuldigt hat.

Es freut ihn ganz besonders, dass so viele Zuhörerinnen und Zuhörer heute zur Ortschaftsratssitzung gekommen sind.

Er tritt in die Tagesordnung ein, ruft TOP 1: Bürgerfragestunde auf und führt dazu aus, dass es hier nur einen Dialog zwischen Bürgerin/Bürger und dem Ortsvorsteher gibt und dass eine Diskussion mit den Ortschaftsräten laut Gemeindeordnung nicht gestattet ist.

Er bittet nun die anwesenden Bürgerinnen und Bürger Fragen zu stellen.

Herr Peter Mayer spricht die Ortschaftsratssitzung im Mai d. J. an, wo eine Vertreterin des Stadtplanungsamtes die geplanten Maßnahmen zum Gehwegparken vorstellte. Das Interesse in der Bevölkerung war sehr groß. Allerdings war es den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern nach den Regularien der Gemeindeordnung nicht möglich, sich zu Wort zu melden. Offen ist damit geblieben, was die Betroffenen von den Maßnahmen, welche das Stadtplanungsamt vorgestellt hat, halten. Der von drei Ortschaftsräten vorgetragene Wunsch, eine Bürgerversammlung einzuberufen, weil dann auch für die Bürgerinnen und Bürger Rederecht bestanden hätte, hat der Ortsvorsteher nach Diskussionen abgelehnt. Er hat darauf verwiesen, dass man die Pläne im Rathaus einsehen kann und über die Internetseite der Stadt Karlsruhe seine Meinung zu diesen Planungen abgeben kann. Dies ist für ihn eine Form der Bürgerbeteiligung, die er nicht für ausreichend hält in dieser Frage, wo die Bürger doch massiv betroffen sind. Die Nachfrage nach den Unterlagen ist für ihn sehr gering und der Weg über das Internet ist relativ mühsam.

Er fragt, ob der Ortsvorsteher bereit ist, seine Haltung in der Frage „Bürgerversammlung“ nochmals zu überdenken? Ist er bereit eine Versammlung einzuberufen, in der die betroffenen Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Bedenken vortragen können? Ist er bereit, im Ortschaftsrat diese Frage zur Abstimmung zu stellen?

Der Vorsitzende: Die Meinung, welche er in der öffentlichen Ortschaftsratssitzung am 16.05.2018 geäußert hat, ist bis zum heutigen Zeitpunkt noch die gleiche. Er ist der Meinung, dass eine weitere Versammlung nicht viel bzw. überhaupt nichts bringt für das Endergebnis. Außerdem sei man zeitlich in einem Rahmen, der keinen Spielraum zulässt. Und zudem habe das Stadtplanungsamt deutlich signalisiert, dass eine Teilnahme des Fachamtes nicht möglich ist. D. h. die Bürgerversammlung müsste von Seiten des Ortschaftsrates/der Ortsverwaltung organisiert werden. Und für eine solche

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 1: **Bürgerfragestunde**

Blatt 2

Bürgerversammlung ist eine bestimmte Agenda erforderlich. D. h. welches Ergebnis möchte man erzielen, will man eine wilde Diskussion entfachen, die letztendlich überhaupt nichts bringt. Deshalb war seine Meinung und auch die Meinung einiger Ortschaftsräte, den Bürgern klar zu machen, sich direkt beim Ordnungs- und Bürgeramt zu melden, wie dies über die Homepage möglich. Außerdem habe er zusätzlich den Service angeboten, dass die Pläne im Rathaus abgeholt und die Wünsche vorgetragen werden können. Dieser Vorschlag wurde viermal angenommen. Auch er persönlich stehe für Einzelgespräche gerne zur Verfügung.

Er weist auch darauf hin, dass der Ortschaftsrat/die Ortsverwaltung hier keine Entscheidung treffen kann. Und er denkt, dass am Grundsatz des vorgelegten Planes nicht viel geändert werden kann. Deshalb sollten alle die nach dem 30.06.2018 vorzunehmenden Markierungen abgewartet werden, um zu sehen, ob Korrekturen vorzunehmen sind, was ja möglich wäre.

Weiter führt er aus, dass niemand ein Recht auf öffentliche Parkfläche hat. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es in den Brennpunkten „Orts-/Werren-/Palmbacher Straße ohne Zweifel kritisch werden wird.

Herr Reinhold Poguntke, betroffener Anwohner in der Ortsstraße. Er konnte die Ortschaftsratssitzung am 16.05.2018 nicht besuchen, hat sich aber den relativ ungenauen Plan angeschaut. Er stellt fest, dass jede Bürgerin/jeder Bürger bis 30.06.2018 die Möglichkeit hat, dazu Stellung zu nehmen bzw. Anträge zu stellen. Allerdings treffen die Regeln des Ordnungsamtes, welche im Internet zum Gehwegparken erklärt werden, nicht mehr zu, weil es in Stupferich keine Bordsteinkante mehr gibt.

Er fragt, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, darüber nachzudenken, einen Verkehrsversuch mit einer Einbahnstraßenregelung zu machen (Einfahrt über die Ortsstraße, Ausfahrt über die Werrenstraße), weil dies die sichere Variante einer Verkehrslenkung wäre. Danach könne man immer noch das Parken regulieren. Dieser Sicherheitsaspekt dränge sich jetzt durch das Konzept des einseitigen Parkens (Zickzack-Begegnung) auf.

Er fragt, ob sich die Ortsverwaltung vorstellen könne, bei der Umsetzung des Konzeptes einen Verkehrsversuch mit einer Einbahnstraßenregelung vorzuschalten oder hat die Ortsverwaltung diesen Vorstoß beim Ordnungs- und Bürgeramt schon einmal angemeldet und quasi zurückgewiesen oder überstimmt worden? Er fände es richtig, einen solchen Verkehrsversuch zu starten, zumal dies bereits bei der Sanierung der Orts- und Werrenstraße im vergangenen Jahr praktiziert wurde und funktioniert hat.

Der Vorsitzende wiederholt Aussagen, die bei der letzten Ortschaftsratssitzung ausführlich angesprochen wurden.

Zu den „ungenauen Plänen“: Die Planungen wurden in der besagten Ortschaftsratssitzung anhand einer PowerPoint-Präsentation deutlich dargestellt.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 1: Bürgerfragestunde

Blatt 3

Zur nicht mehr vorhandenen Bordsteinkante: Ebenfalls erklärt wurde, dass die Rinnen in der Orts- und Werrenstraße zur Straße zählen und der Rest als Gehweg ausgewiesen wird. Und so wird auch die Fläche in das Parkkonzept aufgenommen.

Zur Einbahnstraßenregelung: Wenn diese so wahrgenommen würde wie bei der Baustellensituation würde sie nichts bringen, weil hier trotzdem Gegenverkehr zu verzeichnen war. Und er könnte sich vorstellen, wenn man dies dauerhaft einrichten würde, nicht den gewünschten Erfolg verzeichnen könne, weil man den kürzeren und nicht den sicheren Weg sucht. Deshalb gibt er Herrn Poguntke in Sachen „Sicherheitsaspekt“ Recht, aber nicht in Sachen „Fläche“, weil auch bei einer Einbahnstraßenregelung nur auf einer Seite geparkt werden kann.

Der Wunsch „Einbahnstraßenregelung“ müsste beim Ordnungs- und Bürgeramt beantragt werden.

Herr Reinhold Poguntke: Den Sicherheitsaspekt sollte man nicht aus den Augen verlieren, zumal die Gehwege in diesen Straßen auch als Schulwege ausgewiesen sind. Weiter spricht er die bereits im Ortschaftsrat positiv beschlossenen Stadtmobil-Parkplätze und einer E-Tankstelle für E-Autos an und fragt, ob dies im Zuge des Gehwegparkens eingerichtet werden soll.

Der Vorsitzende: Die Stellplätze für die Stadtmobile hat der Ortschaftsrat definiert, und zwar jeweils ein Platz in der Ortsstraße und der Rebgärtenstraße (vor der evangelischen Kirche). Allerdings hat das Ordnungs- und Bürgeramt danach darüber informiert, dass die Einrichtung solcher Plätze gestoppt wurde, weil diese nochmals rechtlich geprüft wird.

Von einer E-Tankstelle war bisher noch nicht die Rede.

Herr Poguntke: Ein Stadtmobilplatz in der Ortsstraße würde wiederum einen Parkplatz wegnehmen. Wenn man dann noch zukunftsorientiert sich eine E-Tankstelle vorstellt, dann bittet er, diese nicht auch noch in der Ortsstraße zu platzieren. Bei der Suche nach einem entsprechenden Platz, sollte auf eine entspanntere Parksituation geachtet werden.

Informiert die Ortsverwaltung die Anwohnerschaft, wann der Markierungstermin stattfindet, um denen die Möglichkeit zu geben, dabei zu sein? oder geht dies nur über das Antragsverfahren, welches beim Ordnungsamt angestoßen werden muss?

Der Vorsitzende: Die Ortsverwaltung ist nur „Bote“: Sie nimmt Anregungen etc. entgegen und reicht diese weiter. Er sagt zu, diesbezüglich beim Ordnungsamt nachzufragen.

Zur E-Tankstelle: Der Ortschaftsrat hat den Wunsch mitgenommen, eine gleichmäßige Verteilung vorzunehmen.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 1: Bürgerfragestunde

Blatt 4

Herr Friedrich Faden führt aus, dass viele Autofahrer die vorgeschriebenen 30 km/h überhaupt nicht einhalten. Er fragt, ob es nicht möglich sei, Geschwindigkeitskontrollen durchführen zu lassen.

Weiter spricht er die Ortsstraße an, nach deren Sanierung die Parkenden ihren Pkw mit zwei Reifen in der Rinne, die ja zur Fahrbahn zählt, abstellen. Dies hat zur Folge, dass sich seither das Wasser darin staut.

Der Vorsitzende: Dies ist der Ortsverwaltung bekannt und deshalb hat man immer mal wieder Kontakt mit dem Ordnungsamt, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen bzw. stationäre Blitzer einzurichten. Allerdings stoße man bzgl. der Einrichtung von stationären Blitzern auf Ablehnung, weil diese dann nicht nur in Stupferich, sondern überall eingerichtet werden müssten. Und dies kann aus Kostengründen nicht durchgeführt werden.

Er sagt aber zu, diesen Wunsch an das Ordnungsamt weiterzugeben.

Zum Parken in der Rinne führt er aus, dass er diesen Hinweis gerne an das Stadtplanungsamt weiterleiten werde.

Herr Reinhold Poguntke ist der Meinung, dass sich die Geschwindigkeitsregelung, die es auch in der Karlsbader- und Kleinsteinbacher Straße gibt, auch auf Parkierungsregelung auswirke. D. h. dort gibt es auch Bereiche, wo künftig nicht mehr geparkt werden darf. Dies verführe in diesen Bereichen natürlich zum noch schnelleren Fahren. Deshalb schlägt er vor, nach Vollzug des fairen Parkens die Geschwindigkeiten der Pkw-Fahrer zu kontrollieren.

Der Vorsitzende: Das faire Parken wird sicherlich viele positive Aspekte mit sich bringen, aber in gleichen Maßen einige unangenehme. In diesem Zusammenhang verweist er auf Waldbronn, und dort die Durchfahrtsstraße im Ortsteil Busenbach, wo seit Jahren die Pkws einseitig auf der Straße geparkt werden und der Gehweg für Fußgänger frei ist – und dies alles ohne Probleme.

Herr Friedrich Faden spricht die öffentlichen Parkplätze gegenüber der ehemaligen Sparkasse und vor der evangelischen Kirche an. Diese werden benutzt von Stupfericher Anwohnern, die dort morgens ihr Fahrzeug abstellen und erst abends wieder abholen. Er fragt, ob dies rechtlich so in Ordnung sei.

Der Vorsitzende: Der Parkplatz bei der evangelischen Kirche ist zeitlich nicht begrenzt, der Parkplatz in der Ortsstraße ist zeitlich begrenzt. In diesem Zusammenhang führt er aus, dass in Stupferich bisher nur sporadisch Kontrollen durch den KOD stattfinden. Er ist aber der Meinung, dass nach Einführung des fairen Parkens eine stärkere Kontrolle stattfinden wird.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018**- öffentlicher Teil -****Protokoll zu****TOP 1: Bürgerfragestunde****Blatt 5**

Herr Reinhold Pogundtke vermutet, dass das zeitlich begrenzte Parken in der Ortsstraße gegenüber der ehemaligen Sparkasse dadurch ausgelöst wurde, damit die Kundschaft der Sparkasse nicht so weite Wege hat gehen müsse. Jetzt gibt es aber seit Anfang Januar 2018 keine Sparkassen-Filiale mehr. Diesbezüglich fragt er, ob die Ortsverwaltung weiß, ob das zeitlich befristete Parken an diesen Plätzen wegfällt und aufgehoben wird oder aufgehoben werden muss, weil der Rechtsgrund fehlt. Er befürchtet, dass die Gäste des Hotels Sonne auf diese Parkplätze, aber auch Plätze der anderen Nebenstraßen ausweichen werden, weil das Hotel nicht genügend Parkplätze aufweisen kann.

Der Vorsitzende: Die zeitliche Begrenzung an den genannten Parkplätzen sollte belassen werden, weil es in der Ortsstraße zwei Bankautomaten gibt, für dessen Besucher diese Kurzzeitparkplätze wichtig wären.

Er möchte an dieser Stelle auf einen Leserbrief, welcher in den BNN abgedruckt war, Stellung beziehen, weil es den kompletten Ortschaftsrat betrifft. Dieser wird nämlich angegangen wegen Nichtstun und dass die im Rat sitzenden Selbständigen in dem Gremium nicht wissen, was man mit Verantwortung machen soll und derer nicht bewusst sind. Solche Dinge weist er für den kompletten Ortschaftsrat von der Hand. Die Behauptungen sind ein Unding und es ist nicht richtig, dass von den Ortschaftsräten niemand aktiv war in Sachen Rückbau der Terrasse bei der Bäckerei Nussbaumer bzw. in der Gesamtsituation, was diese Sache anbelangt. Es ist auch davon die Rede, dass man eine Unterschriftenaktion hätte stattfinden lassen sollen und dass diese wieder zurück genommen wurde. Hierfür zeichnet er verantwortlich, weil diese unverschämt war und weil sie sich gegen eine einzelne Privatperson gerichtet hätte, was er für Stupfericher Verhältnisse nicht für gut findet. So geht man in Stupferich nicht miteinander um. Es ging in der Sache „Terrassenrückbau“ um eine einfache privatrechtliche Geschichte zwischen den Eigentümern dieses Gebäudes. Dieses Gebäude gehört 8 Eigentümern und ein Eigentümer davon ist Herr Piston, der das Ladengeschäft an die Bäckerei Nussbaumer vermietet hat. Und die Terrasse hat Herr Piston errichten lassen. Es ist richtig, dass das Bauwerk baurechtlich genehmigt war. Es ist dem Bauordnungsamt und dem Bauausschuss des Ortschaftsrates nicht bekannt gewesen, dass die Eigentümergeinschaft nicht einstimmig dafür war und dies hat dazu geführt, dass eine Eigentümerin Herrn Piston verklagt hat (hat auf gemeinschaftlichem Eigentum diese Terrasse errichtet). Sowohl die Verwaltung wie er persönlich haben sich darum bemüht, die Terrasse erhalten zu können, jedoch ohne Erfolg. Bei einem persönlichen Gespräch zwischen ihm und der Klägerin hat er deren Verbitterung erkennen müssen und hat daraufhin das Gespräch mit ihr beendet. Wenn man sie richtig behandelt hätte, hätte sie bestimmt dem Vorhaben zugestimmt. Aber hier den Ortschaftsrat ins Boot zu nehmen und verantwortlich zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage und Tatsachen. Sowohl der Ortschaftsrat, die Verwaltung und der Ortsvorsteher sind sehr bemüht mit der Situation umgegangen.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 1: **Bürgerfragestunde**

Blatt 6

Es war ihm wichtig, die Sachlage klar zu stellen, da solche Leserbriefe ärgerlich sind. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vierteljährlich in Ortschaftsrats-sitzungen Bürgerfragestunden stattfinden, wo Bürger Antworten auf ihre gestellten Fragen erhalten. Abschließend führt er aus, dass es für die Zukunft schöner wäre, wenn ehemalige städtische Bedienstete, sich der Bürgerfragestunde bedienen und nicht solch unschöne Leserbriefe schreiben.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 2: Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) ruft TOP 2 auf. Er begrüßt hierzu Herrn Maier und Frau Kemper vom Liegenschaftsamt. Er führt aus, dass die Vorstellung des Konzeptes „Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen“ insbesondere ein Anliegen des stellvertretenden Amtsleiters des Liegenschaftsamtes, Herrn Bernhard Eldracher, war.

Frau Kemper (LA) stellt das Konzept „Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Bedeutung der Streuobstwiesen:

- Sie waren bis 1950 die traditionelle Form des Obstbaus.
- Kulturgut mit hohem Naherholungs- und Freizeitwert.
- Herausragende ökologische Bedeutung der Streuobstwiesen (bis zu 5000 verschiedene Tier- und Pflanzenarten, Genpool alter Obstsorten).
- Aus den Früchten können viele unterschiedliche wertvolle Nahrungsmittel hergestellt werden.
- Ausgleichender Einfluss auf das örtliche Klima, Luftfilter.

Streuobstwiesekonzept:

- Ausarbeitung: Liegenschaftsamt und Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz.
- Wurde dem AUG am 18.2.2018 vorgestellt und für positiv erachtet.
- Aufbau: Leitlinien und Ziele, Analyse und Maßnahmen, Fazit und künftige Maßnahmen für städtische und private Flächen.

Streuobstwiesen Stupferich:

- Private Streuobstflächen
- Städtische Streuobstwiesen: Baum- und Wiesenpflege bei OV
- Verpachtete Streuobstwiesen: Gesamtpflege durch Pächter/in
- Teilverpachtete Streuobstwiese: Wiese verpachtet, Baumpflege bei LA

Maßnahmen auf städtischen Flächen:

Kontinuierliche Optimierung des Datenbestandes

Maßnahmen auf städtischen Flächen:

Optimierung der Pflegeschnittzyklen

Maßnahmen auf städtischen Flächen:

- Steigerung der Nachpflanzungen
- Optimierung der Jungbaumpflege
- Fördermaßnahme Hochstammobstbäume: Es sollen zukünftig ausschließlich Hochstammobstbäume gepflanzt werden.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 2: Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen

Blatt 2

-
- Erhaltung der Obstartenvielfalt:
 - Zur Erhaltung der Obstartenvielfalt sollen wieder verstärkt Kirsch- und Birnbäume gesetzt werden.

Künftige Maßnahmen auf städtischen Flächen:

- Gezielte Förderung regionaler Sorten
- Ausreifung des Wiesenpflegesystems

Förderung privater Streuobstpflge:

- Vertiefung Zusammenarbeit mit der Streuobstinitiative des Stadt- und Landkreises Karlsruhe e.V.
- Aktive Beratung privater Streuobstwiesenbesitzerinnen und -besitzer
- Generierung eines Netzwerkes zur Unterstützung privater Streuobstwiesenbesitzerinnen und -besitzer
- Entwicklung einer Öffentlichkeitskampagne in der regionale Veranstaltungen zum Thema Streuobst gebündelt vermittelt werden sollen.
- Intensivierung des Kontaktes zu Inhabern von Baumpatenschaften

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Kemper für ihren Vortrag und eröffnet die Diskussionsrunde.

OR Kast (CDU) weist darauf hin, dass es in Stupferich nicht nur Streuobstwiesen, sondern auch Streuobstäcker gibt. Deshalb fragt er, ob die Streuobstäcker in diesem Konzept auch mit berücksichtigt werden. Weiter schlägt er vor, einen Hochstamm-Altholz-Schnittkurs anzubieten.

Frau Kemper (LA) führt aus, dass auch die Streuobstäcker in dem von ihr vorgestellten Konzept berücksichtigt werden.

Herr Maier (LA): Das Liegenschaftsamt bemüht sich, so viele Kurse wie möglich anzubieten, allerdings sind aber auch hier die personellen Ressourcen sehr begrenzt. Die derzeit angebotenen Kurse sind die maximale Anzahl, die das Liegenschaftsamt mit dem zur Verfügung stehenden Personal leisten kann. Und zwar so leisten kann, dass die anderen originären Aufgaben, zu denen nicht nur die Streuobstwiesenpflege zählen, erfüllt werden können. Das Liegenschaftsamt wird im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit darauf hinweisen, dass es notwendig sein wird, sich mit diesem Thema auch personaltechnisch zu befassen, wenn man wünscht, dass die Erhaltungspflege der Streuobstbestände im Allgemeinen aufrecht erhalten werden kann.

Bei weiteren Schnittkursen sollen auch Hochstämme, die nicht nur mit der Leiter zu erreichen sind, vom Personal des Liegenschaftsamt geschnitten werden. Ob diesbezüglich allerdings Mitmachkurse angeboten werden können, glaubt er aus versicherungstechnischen Gründen nicht.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 2: Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen

Blatt 3

OR Kast (CDU) fragt, ob es bezüglich der Übernahme einer Baumpatenschaft eine Initiative gibt und ob eine Baumpatenschaft nur für städt. Bäume oder auch für private Bäume ausgestellt wird.

Frau Kemper (LA): Die Baumpatenschaften gelten nur für städt. Bäume, und zwar für Bäume, die vom Liegenschaftsamt bewirtschaftet werden. Die Patenschaften gehen an Schulen, Kindergärten, soziale Einrichtungen, teilweise auch Vereine. Dafür sei sie die Ansprechpartnerin. Sie ergänzt, dass es für den privaten Bereich seitens des Liegenschaftsamtes die Versteigerungen angeboten werden.

Von der Pflege ist es so, dass das Liegenschaftsamt immer mal wieder froh ist, wenn es Unterstützung bekommt, aber das Problem sei hier, dass dies fachgerecht umgesetzt werden muss.

OR Baumann (FWV): Charakteristisch für die Höhenstadtteile sind die Streuobstwiesen und deshalb sei es für ihn wichtig, dass von städtischer Seite Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird und die Landwirte, die oftmals auf der wirtschaftlichen Seite stehen und die Streuobstbäume auf Äckern stehen, sollten hier seitens der Stadt unterstützt werden.

Weiter spricht er die Nachpflanzung von 150 Bäumen auf der Gemarkung Karlsruhe an und fragt, wie viele Bäume davon prozentual in Stupferich gepflanzt wurden. Und warum ist in Knielingen ein so hoher Bestand an städt. Fläche und in den Höhenstadtteilen so wenig? Wo war der Umbruch?

Herr Maier (LA) beantwortet OR Baumanns Fragen hinsichtlich des Bestandes in Knielingen. Der Planungsbereich für die Nordtangente liegt in Knielingen. Deshalb werden diese Grundstücke aus strategischen Gründen sukzessive aufgekauft. Natürlich werden auch in anderen Stadtteilen Grundstücke erworben. Allerdings handelt es sich in Knielingen um einen gezielten Erwerb.

Zum Thema „Unterstützung der Landwirte“ führt er aus, dass die Förderkulisse über einen Stadtkreis für einen landwirtschaftlichen Betrieb sehr begrenzt ist. Die meisten Fördermodule dafür gibt es entweder über die EU oder über den Bund oder das Land.

OR Baumann (FWV): Im Einzelnen wird oft beobachtet, dass Obstbäume auf Streuobstwiesen bzw. -äckern kaputt gehen. Und es ist schade, dass dann kein Ersatzbaum gepflanzt wird. Er kann die Landwirte auf der einen Seite verstehen, die ihre Felder wirtschaftlich bearbeiten wollen, aber auf der anderen Seite sollte die Optik der Höhenstadtteile aufrechterhalten werden. Und deshalb ist er der Meinung, dass hier die Stadt Karlsruhe etwas mehr tun sollte als nur ein begleitendes Netzwerk zu errichten.

Herr Maier (LA) gibt OR Baumann absolut Recht, weil dies unterstützenswert ist. Vielleicht wäre dies auch eine Gelegenheit, dies dem gemeinderätlichen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorzuschlagen.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 2: Pflege und Erhalt der Streuobstwiesen

Blatt 4

Frau Kemper (LA) ergänzt, dass das Liegenschaftsamt hier gerne unterstützend tätig ist. Sie weist aber darauf hin, dass die Ortsverwaltung Stupferich im Streuobstbereich eigenverantwortlich tätig ist.

Herr Maier (LA) ergänzt, dass zwar die Ortsverwaltung eigenverantwortlich ist, aber viele Flächen auch verpachtet sind, die direkt über das Liegenschaftsamt laufen. Es gibt aber noch vereinzelt Flächen, auf die ausschließlich die Ortsverwaltung Stupferich Zugriff hat. Weiter führt er aus, dass diesbezüglich Gespräche zwischen Liegenschaftsamt und Ortsverwaltung stattfinden werden, um einheitliche Regelungen zu finden, wer wann auf welcher Fläche irgendwas zu tun hat.

OR Baumann (FWV) spricht den erwähnten Datenbestand an und fragt, ob es sich hier nur um städtische Fläche handelt, auf welcher die Obstbäume erfasst wurden. **Ja.**

OR Abendschön (CDU) spricht die Streuobstwiesen an. Er selbst sei Besitzer von solchen, diese werden auch von ihm gehegt und gepflegt. Und jetzt kurz vor der Kirschernte wird das Obst von Spaziergängern gepflückt, sodass für ihn nur noch wenig Obst übrig bleibt.

Herr Maier (LA): In diesem Fall wäre ggf. die Feldhut zuständig, allerdings nur für die städt. Fläche.

Der Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Er bedankt sich recht herzlich bei Frau Kemper und Herrn Maier und die Anregungen für Einzelne.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 3: Vorstellung der Feldhut:
Vorstellung des neuen Feldhüters/
Aufgabenspektrum der Feldhut**

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) ruft TOP 3 auf und begrüßt die Herren Cieslik und Roser.

Herr Cieslik (LA), der für Stupferich zuständige Feldhüter, stellt sich vor:
Er ist seit Oktober 2017 beim Liegenschaftsamt als Feldhüter beschäftigt und ist für die Höhenstadtteile zuständig.

Herr Roser (LA) ist Feldhüter und Naturschutzwart im Bereich Grötzingen, Rintheim und Hagsfeld. Er führt aus, dass die Stadt Karlsruhe sechs Feldhüter beschäftigt, die in sechs Feldhutbezirken tätig sind.

Er stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Aufgabenspektrum der Feldhut vor.

Tätigkeitsbereich Feldhut:

- Überwachen von Naturdenkmälern, Landschafts- und Naturschutzgebieten, Biotopen sowie allgemeine Kontrollgänge.
- Beschlagnahme unberechtigt entnommener Pflanzen und Tiere.
- Untersagung oder Einschränkung des Betretungsrechts, wenn aus Gründen des Naturschutzes erforderlich.
- Pflege der Schutzgebiets-beschilderung.
- Überwachung des Fäll- und Rodungsverbot nach dem Naturschutzgesetz BW §43 Abs. 2 und 3.
- Tierschutz (Überwachung auf artgerechte Tierhaltung).
- Überwachung der Brandschutzverordnung in Feld und Flur.
- Meldung von Fahrzeugen ohne Zulassung die im Außenbereich abgestellt sind an das OA.
- Kontrolle von Bautätigkeiten und abgestellten Wohnwägen im Außenbereich nach den Vorgaben des BauGB.
- **Besichtigung und Beurteilung** von Grundstücken für den Erwerb von der Stadt Karlsruhe.
- Kontrollen für Verpachtung. Ermittlung unberechtigter Nutzer von städt. Grundstücken (Acker, Wiese, Gärten usw.).
- Überprüfen von städt. Wiesen-, Acker-, bzw. Pachtflächen, ob sie ordentlich bewirtschaftet sind.
- Fahrzeugkontrolle im Feld.

- K l o p f b e i f a l l -

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Frage- und Diskussionsrunde.

OR Baumann (FWV) fragt, ob man Herr Cieslik, der für Stupferich zuständige Feldhüter vor Ort trifft oder ob dieser sein Büro woanders hat.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 3: Vorstellung der Feldhut:
Vorstellung des neuen Feldhüters/
Aufgabenspektrum der Feldhut**

Blatt 2

Herr Roser (LA): Die Büros der Feldhüter sind beim Großmarkt im Weinweg. Herr Cieslik ist in seinem Team. D. h., der Einsatz wechselt zwischen Grötzingen, Rintheim, Hagsfeld und den Höhenstadtteilen.

Herr Maier (LA) weist darauf hin, dass Feldhüter-Teams gebildet wurden, weil es einige Bürger gibt, die aggressiv werden. Die Teams sind jeweils mit einem Dienstwagen unterwegs, und das sind insgesamt 3 für das komplette Stadtgebiet. Die Feldhüter sind präsent, aber man sieht sie entsprechend wenig. Deshalb ist es wichtig, die Kontaktdaten des jeweiligen Feldhüters zu transportieren.

OR Baumann (FWV) fragt, ob die Überwachung des Grillplatzes bei der Autobahn zum Aufgabengebiet des Feldhüters gehört.

Herr Roser (LA): Zuständig hierfür ist das Forstamt und der Kommunale Ordnungsdienst führt die Kontrollen durch.

OR Kast (CDU) fragt, ob ein Feldhüter eine entsprechende Ausbildung nachweisen muss.

Herr Roser (LA) ist der dienstälteste Feldhüter. Er musste 190 Stunden in der Polizeischule und die Ausbildung zum Naturschutzwart nachweisen. Diese Ausbildung gibt es aber nicht mehr.

Herr Maier (LA): In der Regel gibt es den Beruf „Feldhüter“ nicht. Der Feldhüter muss sich ins Polizeirecht einarbeiten.

Der Vorsitzende regt die Abhaltung von Bürgersprechstunden im Rathaus Stupferich an. Seiner Meinung nach wäre es gut, wenn hier im Rathaus der Feldhüter regelmäßig Sprechstunden abhalten würde.

Herr Roser (LA) führt aus, dass er im Grötzinger Rathaus einmal im Monat (am ersten Mittwoch eines Monats) Bürgersprechstunden abhält und diese sehr gut angenommen werden. Die Bürgersprechstunde muss aber immer im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.

Der Vorsitzende möchte einen Versuch starten. Sollte das Angebot nicht angenommen werden, dann könnte man auch wieder darauf verzichten oder den Rhythmus ändern. Weiter spricht er das Angebot „Naturpädagogik für Kinder“ an und fragt, ob diesbezüglich die Schulen auf das Liegenschaftsamt zugehen oder umgekehrt.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 3: Vorstellung der Feldhut:
 Vorstellung des neuen Feldhüters/
 Aufgabenspektrum der Feldhut**

Blatt 3

Herr Roser (LA): Das ist unterschiedlich. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Netzwerk „Natur- und Umweltpädagogik“ im Internet (https://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/nubnetzwerk/angebote.de). Wenn eine Schule Interesse daran hat, soll sie sich beim Liegenschaftsamt melden.

Der Vorsitzende wird diese Information gerne an die Grundschule Stupferich weitergeben.

OR Baumann (FWV) spricht Zustände im Gebiet „Neuberg“ an, die nicht der Richtigkeit entsprechen. Er wurde diesbezüglich bereits von mehreren Mitbürgern angesprochen und bittet jetzt in diesem Zusammenhang die Feldhut, hier tätig zu werden.

Herr Roser (LA): Es gibt Missstände und er sagt eine Regelung zu.

Der Vorsitzende bedankt sich – nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen – bei der Vertreterin/den Vertretern des Liegenschaftsamtes für die interessanten Vorträge.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 4: Städt. Gebäude Ortsstraße 2, Stupferich;
Einbau einer zentralen Heizungsanlage
Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 03.04.2018**

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) ruft TOP 4 auf und verliest sowohl den Antrag wie auch die Stellungnahme des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft.

OR Kast (CDU): Es ist bekannt, dass das Gebäude einen ungenügenden Wärmeschutz hat. Sicher ist aber auch, dass ein fehlendes Raumklima über die kalte Jahreszeit auf Dauer schadet. Man muss auch auf die notwendige Regulierung der Sanitäräume, z. B. wegen der Gefahr des Einfrierens in die Überlegungen mit einbeziehen. Die Aussage vom Fachamt, dass die Mieträume nur als Lagerräume genutzt oder vermietet sind, stimmt nicht. Der Heimatverein hat in diesem Gebäude sein Museum, das DRK benutzt die gemieteten Räume auch als Veranstaltungsräume und der Musikverein wird bestimmt einen Raum für Besprechungen einrichten.

Der Vorschlag der Verwaltung, Pellet-Einzelöfen aufzustellen, stellt diesen im weiteren Satz bereits wieder in Zweifel, weil die Finanzierung nicht gesichert ist.

Er selbst kann sich auch nicht vorstellen, dass dies die richtige Heizanlage wäre.

Die CDU-OR-Fraktion plädiert deshalb für den Einbau einer Gastherme, die im Speicher des Gebäudes installiert werden könnte.

Die Aussage, dass die Anmeldefrist für den Haushalt bereits abgelaufen ist, stimmt so auch nicht. Wie ihm bekannt ist, kann der Ortschaftsrat in seiner September-Sitzung noch Anträge einreichen.

Abschließend führt er aus, dass er die vorliegende Stellungnahme für lieblos erachtet. Deshalb ist er der Meinung, dass der Ortschaftsrat einen positiven Beschluss für den Haushalt 2019/2020 fassen sollte.

OR Baumann (FWV) ist der Meinung, dass dieses Gebäude ewig sanierungsbedürftig sein wird. Er fragt, wie sich die Mieter zu diesem Thema äußern. Für ihn wäre wichtig, die Meinung der Mieter einzuholen und zu erfragen, ob diese die in der Stellungnahme beschriebene Mieterhöhung bezahlen können.

Er möchte die Entscheidung seiner Fraktion von der Meinung der Vereine abhängig machen. Er würde dem Antrag schweren Herzens zustimmen, aber nicht bevor er die Meinung der Vereine kennt.

Der Vorsitzende schlägt vor, heute einen Beschluss zu fassen. Die Ortsverwaltung würde diesen dann an das Fachamt weiterleiten und dieses auch bitten, die Meinung der Mieter einzuholen.

OR Baumann (FWV): Wenn dies so funktionieren kann, würde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Er betont aber nochmals, dass alle Mieter damit einverstanden sein müssen.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

**TOP 4: Städt. Gebäude Ortsstraße 2, Stupferich;
Einbau einer zentralen Heizungsanlage
Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 03.04.2018**

Blatt 2

OR Nagler (CDU): Eine vernünftige Lösung wäre der Einbau einer zentralen Heizungsanlage.

OR Kast (CDU) spricht den vorletzten Satz der Stellungnahme an: „Bei analoger Anwendung der für die Wohnraumvermietung geltenden Vorschriften über die Mieterhöhung bei Modernisierungsmaßnahmen (& 559 ff BGB) wäre eine Mieterhöhung von 1,00 bis 1,50 €/ m² möglich.“ und stellt die Frage, ob an diesem Haus für die Mieter eine analoge Anwendung für die Wohnungsraumvermietung angewendet wird. Seines Wissens haben die Vereine einen besonderen Status und müssen bis dato nicht den vollen Mietpreis bezahlen. Deshalb sollte man schauen, dass die Vereine bei einer Mieterhöhung einen Zuschuss erhalten, damit die Mieterhöhung nicht so gravierend ist.

Der Vorsitzende: Die Vereine werden gefragt und werden sich bei ihren zuschussgebenden Einrichtungen informieren, ob sie den erhöhten Mietzins auch bezuschusst bekommen.

Er lässt nun über den Antrag: „Der Ortschaftsrat beschließt, das Fachamt zu beauftragen, eine zentrale Heizungseinrichtung für das Gebäude Ortsstraße 2 in Abstimmung mit den Mietern zu realisieren“.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 5: Mitteilungen der Ortsverwaltung

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) informiert, dass am Donnerstag, 07.06.2018, 18 Uhr, in der Heinz-Barth-Schule eine Baustelleninformationsveranstaltung zur „Fahrbahnerneuerung der L 623 (Talstraße) und Netzerweiterung Gas, Wasser und Strom in der Talstraße/Wiesenstraße stattfindet.

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 6: **Verschiedenes**

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) ruft TOP 6 auf und teilt mit, dass am Mittwoch, 16. Mai 2018, eine Betriebsbegehung durch den Ärztlichen Dienst und dem Arbeitssicherheitsdienst der Stadt Karlsruhe stattfand.

Begangene Bereiche: Rathaus, Bauhof, Schule, Gemeindezentrum, Friedhof.

Die Ortsverwaltung wurde z. B. auf das Verhalten im Gefahrenfall, den vorbeugenden Brandschutz etc. hingewiesen.

Mängel wurden keine festgestellt. Es wurde aber empfohlen, an den Glastüren im Gemeindezentrum und Rathaus auf Augenhöhe so zu kennzeichnen, dass sie deutlich wahrgenommen werden können (z. B. durch große Bildzeichen, Symbole oder farbige Tönungen).

OR Nagler (CDU) spricht die Zufahrten zum Golfplatz an, und hier insbesondere die nicht ausgewiesene Zufahrt „Windelbach“, wo der Ortschaftsrat ein Durchfahrtsverbotschild forderte. Er fragt nach dem Sachstand.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Ortsverwaltung diesbezüglich das zuständige städtische Fachamt mit der Prüfung und Installation beauftragte. Nach Prüfung wurde der Antrag abgelehnt, weil derzeit die Notwendigkeit noch nicht gesehen wird. Außerdem befasse man sich in diesem Gebiet derzeit mit der Ansiedlung des Kleintierzuchtvereins und daraus folgend, wird sich die Situation dann anders darstellen. Er sagt aber zu, diesbezüglich weiter mit dem Fachamt in Verbindung zu bleiben.

OR Donecker (CDU) fragt, ob an der Ochsenstraße von der Autobahnbrücke kommend ein Tempo-30-Schild angebracht werden kann. Auf dieser Zufahrt fahren die Autos sehr schnell und bringen damit die Fußgänger in gefährliche Situationen.

Der Vorsitzende führt aus, dass sich der Ortschaftsrat Stupferich von Anfang an im Klaren war, der Zufahrtsverkehr bringt Ärger. Deshalb habe man sich auch gegen diese Zufahrt gewehrt. Er weist darauf hin, dass es die Zufahrtsregelung von Hohenwettersbach noch gar nicht gibt. Er bittet abzuwarten, bis der Golfplatzbetrieb in vollem Gange ist. Sollten die Beschwerden bis dahin eskalieren, müsse man sich seitens des Ortschaftsrates/der Ortsverwaltung entsprechend wehren.

Frau Doll (OV Stu.) ergänzt, dass der für die Verkehrslenkung zuständige Abteilungsleiter des Tiefbaumes vor Ort bei der Ortsverwaltung war. Dieser sagte bei diesem Termin zu, das Thema nochmals in der Verkehrslenkungs- und -planungsrunde zu besprechen. Ein Ergebnis hat er bislang noch nicht mitgeteilt. Die Ortsverwaltung ist aber in ständigem Kontakt und wird sich um die Einholung des Besprechungsergebnisses kümmern.

OR Kast (CDU) spricht den am heutigen Mittwoch stattgefundenen Sperrmülltag

33. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 6. Juni 2018

- öffentlicher Teil -

Protokoll zu

TOP 6: **Verschiedenes**

Blatt 2

an, an welchem rumänische „Sperrmüllsammler“ von Dienstag auf Mittwoch mit Luftmatratzen auf dem Friedhof übernachtet haben. Er bittet die Verwaltung künftig darauf zu achten, dass sich so ein Vorfall nicht wiederholt.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Verwaltung in solchen Fällen nicht mehr eingreifen kann. Er bittet deshalb die Damen und Herren Ortschaftsräte und die Mitbürgerinnen und Mitbürgern, künftig bei solchen Vorfällen die Polizei zu rufen.

OR Nagler (CDU) fände auf Grund des Vorfalls es besser, wenn es nur noch Sperrmüll auf Abruf gäbe. Am gestrigen Tag und Abend waren sehr viele Rumänen unterwegs. Und er ist der Meinung, dass man dies in ca. 4 Wochen zu spüren bekomme, indem Einbrüche stattfinden.

Der Vorsitzende: Das Abfallkonzept ist beschlossene Sache und deshalb könne diesbezüglich keine Änderung herbeigeführt werden.

OR Kast (CDU) wurde von einem Anwohner darauf hingewiesen, dass der 47er Bus, von der Gänsbergstraße kommend und in die Werrenstraße abbiegend, viel zu früh in die Werrenstraße einschlägt und deshalb mit dem Hinterrad vom Bordstein auf die Straße abfährt und dies sehr viel Lärm verursacht.

Der Anwohner schlug vor, an der besagten Stelle kleine bewegliche Abweiser anzubringen, um den Lärm zu unterzubinden.

Frau Doll (OV Stu.) sagt zu, sich diesbezüglich mit dem Tiefbauamt in Verbindung zu setzen.

Der Vorsitzende schließt – nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen – den öffentlichen Teil gegen 21:05 Uhr. Er bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für die rege Teilnahme und wünscht einen guten Nachhauseweg.

Der Vorsitzende:

Protokollführerin:

Alfons Gartner, Ortsvorsteher

Sonja Doll (OV Stupferich)

Urkundspersonen:

OR Manfred Baumann (FWV)

OR Ludwig Kast (CDU)

